

GeschichtsKorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 1/2 - 27 Jg.

Mitteilungsblatt

Juli 2021

Zu dieser Ausgabe:

In dieser Nummer unterbreiten wir zunächst eine Betrachtung von Eckart Mehls über „Polens Rolle in der EU und in der NATO“, die unseren Blick auf die sich im östlichen Europa vollziehenden Kräfteverschiebungen, deren Ursachen und möglichen Wirkungen schärft.

Günter Wehner macht uns mit einer antifaschistischen Widerstandsorganisation bekannt, in der internationale Kader und Kontakte eine wesentliche Rolle spielten.

Ferner äußern wir uns zur weiteren Tätigkeit unseres Arbeitskreises. Die nächste Nummer der *GeschichtsKorrespondenz* erscheint voraussichtlich im September d.J.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Eckart Mehls Polens Rolle in der EU und in der NATO	S. 3
Dr. Günter Wehner Ein Forschungsbericht über die deutsch-sowjetische Widerstands- gruppe unter Leitung von Willy Hielscher in den Jahren 1942 bis 1944 in Berlin-Wilhelmsruh	S. 14
Zur weiteren Gestaltung der Tätigkeit des Arbeitskreises im Jahre 2021	S. 19

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint in der Regel vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern/ Interessenten des Arbeitskreises kostenlos per E-Mail zur Verfügung gestellt.

E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der Kontaktadressen mit.

Die *Geschichtskorrespondenz* kann unter

www.die-linke.de/geschichtskorrespondenz

im Internet abgerufen werden.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Prof. Dr. Eckart Mehls

Polens Rolle in der EU und in der NATO

Vorbemerkungen

Im Interesse eines besseren Verständnisses der zu betrachtenden Problemkreise empfiehlt es sich, den Blick zunächst auf zu berücksichtigende Aspekte zu richten, die sich aus spezifischen historischen und geopolitischen Gegebenheiten der Geschichte unseres Nachbarlandes ergeben und die für eine nüchterne und sachliche Betrachtung der Rolle Polens in der EU und der NATO von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.

An erster Stelle sei an die weithin bekannte Tatsache erinnert, dass aus vielerlei Gründen für die Gesellschaft unseres Nachbarlandes die nationale Geschichte im Vergleich mit anderen Ländern unseres Kulturkreises eine unvergleichlich größere Rolle spielt. Die Situation Polens im 15. und 16. Jahrhundert als einflussreiche Macht im östlichen Europa, insbesondere zur Zeit der litauisch-polnischen Union, spielt im Bewusstsein der heutigen Generationen eine herausragende Rolle. Es war die bis heute unvergessene Rolle des polnisch-litauischen Staates als Führungsmacht "von Meer zu Meer".

In deutlichem Kontrast zu dem verbreiteten Stolz auf ruhmreiche Phasen ferner Vergangenheit steht die Zeit der Nichtexistenz eines polnischen Staates, also der polnischen Teilungen und der Fremdherrschaft Russlands, Österreichs und Preußens zwischen 1772 und der Wiedergeburt des polnischen Staates im November 1918. Auf spezielle Aspekte und Folgen kann hier leider nicht weiter eingegangen werden, bis auf den Hinweis darauf, dass Begriffe wie Souveränität, nationale Identität und Unabhängigkeit einen außerordentlich hohen Stellenwert einnehmen

Ein dritter Problemkreis, der lediglich erwähnt sei, umfasst eine Fülle von Entwicklungen, vor allem aus den Jahren unmittelbar vor dem II. Weltkrieg. Das Trauma der Unterlassung der mit hehren Worten und vertraglichen Vereinbarungen zugesicherten Hilfeleistung der westeuropäischen Vertragspartner Frankreich und Großbritannien für den Fall eines deutschen Angriffs auf Polen Ende der 30er Jahre führte zwangsläufig zur grundlegenden Richtungsänderung der außenpolitischen Orientierung Nachkriegspolens. Für den Fall erneuter Bedrohungen der Sicherheit Polens nach dem abrupten Ende der Verankerung der Volksrepublik Polen im System des Warschauer Vertrages und der jähen Verschlechterung der polnisch-russischen Beziehungen erfolgte eine völlige Umorientierung der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik auf eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Dieser neue "Partner" hatte im Übrigen, was nicht bei der Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse übersehen werden sollte, selbst ein deutliches Interesse an der Herstellung und Pflege möglichst enger Beziehungen zu Polen in der gesamten Nachkriegszeit.

Wie der polnische Historiker Jakub Tyszkiewicz in seiner 2015 erschienenen Analyse der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Polen von 1945 bis 1988 darlegt, gab es, zwar in jeweils unterschiedlicher Intensität, von Geheimdiensten und offiziellen amerikanischen politischen Institutionen beständig Bestrebungen US-amerikanischer Stellen, auf verschiedenen Ebenen Einfluss zu nehmen auf eine den Interessen der USA im Kalten Krieg gegen das Lager der sozialistischen Staaten möglichst weitgehend förderliche politische Haltung der Volksrepublik Polen und vor allem der Stimmung der polnischen Gesellschaft.¹

Als letzte Vorbemerkung sei darauf hingewiesen, dass es in der polnischen Gesellschaft im Unterschied zu anderen Staaten Mitteleuropas eine ausgeprägte Haltung der Zugehörigkeit zum Kulturkreis Westeuropas gibt, deren Wurzeln bis in die ferne Vergangenheit reichen. Das Bild von Polen als Mauer gegen die permanente Bedrohung des zivilisierten Westens gegen den barbarischen Osten ist im gesellschaftlichen Bewusstsein fest verankert und spielt auch für in der Gegenwart relevante politische Debatten und Entscheidungen eine nicht geringe Rolle.

¹ Tyszkiewicz, Jakub: *Rozbicie Monolitu – Polityka Stanów Zjednoczonych wobec Polski 1945 / 1988*. Warszawa, 2015

Nicht zuletzt ist damit auch verbunden, dass Polen, zwar nicht offiziell, aber letztendlich unerschwinglich doch für sich eine gewisse Sonderrolle im mittelosteuropäischen Raum für gerechtfertigt hält. Unzufriedenheit angesichts der Tatsache, dass Polen nicht zur Mitwirkung an den internationalen Bemühungen um die Lösung der Probleme um die Ukraine eingeladen wurde, ist nicht zu übersehen, um nur ein Beispiel zu nennen.

Zur Rolle Polens in der Europäischen Union

Diese Haltung wurde bereits in dem gesamten Zeitraum vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union sichtbar, wie Kai-Olaf Lang in seinem sehr instruktiven Beitrag zur Politik Polens vor und nach dem Beitritt zur EU darlegt.² Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die von der Politik Polens gewählte Vielfalt der in der internationalen Politik nicht alltäglichen Mittel zur Durchsetzung der spezifisch polnischen Interessen. So schlug zum Beispiel die polnische Diplomatie angesichts der sehr unterschiedlichen Anzahl der Bevölkerung Polens und Deutschlands und damit einer unterschiedlichen Gewichtung der Stimmen beider Länder bei wichtigen Abstimmungen vor, zur Erreichung des Zieles einer Gleichgewichtung der Stimmen Polens und Deutschlands für Polen die Zahl der Kriegsoffer ergänzend bei der Festlegung der Gewichtung der Stimmen Polens mit zu berücksichtigen.

Noch zeitlich relativ weit vor dem angestrebten Beitritt zur Europäischen Union nahm Polen sehr aktiv an der Erarbeitung wichtiger Dokumente und Abkommen der Europäischen Union teil, dabei sehr daran interessiert, dass in den multilateralen Beratungen die Interessen der Republik Polen in ausreichendem Maße Berücksichtigung finden, wie Kai-Olaf Lang in der bereits erwähnten Untersuchung der aktiven polnischen Politik im Vorfeld der Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Osten sehr detailliert nachzeichnet.

Wie bereits weiter oben erwähnt, waren die innenpolitischen Voraussetzungen für einen relativ komplikationslosen Beitritt Polens zur Europäischen Union, ungeachtet der Tatsache, dass es in der polnischen Gesellschaft durchaus unterschiedliche Haltungen zur Europäischen Union gab, insgesamt relativ günstig. In einem Referendum am 7. und 8. Juni 2003 sprachen sich 77,45 % der an der Abstimmung teilnehmenden Polen für den Beitritt ihres Landes zur EU aus. 22,55 % votierten dagegen. Sie unterstützten damit eine bereits seit längerer Zeit angelegte breite Kampagne erzkonservativer und vor allem in den ländlichen Bezirken Polens einflussreicher kirchlicher Kreise (so insbesondere des Medienimperiums des Priesters Rydzyk mit Radio Maryja und des Tram-TV), die eindringlich die Behauptungen verbreiteten, dass der Beitritt Polens zur EU den vollständigen Verlust der Souveränität Polens und seiner nationalen und kulturellen Identität bedeuten werde.³

Dass sich der Beitritt Polens zur EU in vielerlei Hinsicht positiv auf die Entwicklung Polens in der Folgezeit auswirkte, steht zweifelsfrei fest. Ungeachtet nicht weniger politischer Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern erwies sich Polen als eine nicht zu unterschätzende politische Kraft, nicht zuletzt unter den mehr oder weniger gleichzeitig anderen osteuropäischen Beitrittsländern der EU. Die Rolle Polens in der EU erwies sich trotz verschiedener Meinungsverschiedenheiten und Querelen zunächst als die eines aktiven, kaum ernsthafte Probleme verursachenden Neumitglieds der Union. Dies heißt jedoch nicht, dass es auch in dieser ersten Phase der Mitgliedschaft nicht zu übersehende Hinweise darauf gab, dass Polen sich nicht allen aus der Mitgliedschaft in der EU verbundenen Verpflichtungen zu stellen bereit war. Dies betraf z.B. den bis in die Gegenwart nicht erfolgten Beitritt zur Europäischen Währungsunion. Erklärungen des damaligen Präsidenten Lech Kaczynski und des Ministerpräsidenten Donald Tusk, dass es ein ernsthaftes Ziel der Republik Polen sei, in absehbarer Zeit der mit dem Beitritt zur Union erfolgten Verpflichtung, sich der Euro-Zone anzuschließen, verblieben im Bereich folgenloser Deklarationen.

² Kai-Olaf Lang: Vom Störenfried zur Gestaltungsmacht – Polen in der Europäischen Union. In: Länderbericht. Polen. Hrsg.; Dieter Bingen, Krzysztof Ruchniewicz. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 735. Bonn 2009. S.589 - 608

³ Dobrosielski, Marian: Polska -Niemcy -Europa. Wybor szkiecow z lat 1997 - 2007. Warszawa 2007. S. 53

Parlamentswahlen in Polen am 25. September 2006 führten zu einschneidenden Veränderungen in der politischen Landschaft des Landes. Aus der Wahl ging mit 27% der Stimmen die PiS der Brüder Kaczynski hervor, die allerdings für die Regierungsbildung Koalitionspartner gewinnen musste, die sie in der nationalistischen Liga der polnischen Familien (LPR) und einer weiteren Splitterpartei fanden.

Das Verhältnis der neuen Regierung zur EU beschreibt Janusz A. Majcherek wie folgt:

"Die Beziehung des Regierungslagers zur Europäischen Union ist ambivalent, finden sich doch in seiner Zusammensetzung antieuropäische Nationalisten. Auf der einen Seite akzeptieren sie die Mitgliedschaft Polens in der EU als Quell von Vorteilen, die als Rekompensation für historisches Unrecht und Opfer sowie unterschätzte Verdienste interpretiert werden. Auf der anderen Seite trachten sie danach, größtmögliche nationale Eigenart zu wahren und bemühen sich, dass dies in der EU möglich ist, was einen Widerspruch zur weiteren politischen Integration bedeutet."⁴

Diese mit großer Zurückhaltung formulierte Wertung findet eine deutliche Präzisierung in einem Bericht der "Gazeta Wyborcza" über die von der seinerzeitigen polnischen Außenministerin Anna Fotyga während eines Aufenthaltes in Strasbourg auf Einladung des Europaparlaments im Februar 2007 vertretenen Positionen der polnischen Regierung im Zusammenhang mit zu jener Zeit stattfindenden Diskussionen über eine Europaverfassung. In dem Bericht heißt es: "Nach monatelangem Schweigen beginnt die polnische Regierung, ihre Karten in der Frage einer Europaverfassung aufzudecken [...] Die Chefin des polnischen Außenministeriums legte dar, welche Änderungen des Textes der Europaverfassung die polnische Regierung fordern wird [...] Unserer Stärke und Position angemessen müssen wir für ein Abstimmungsverfahren sorgen, das uns die Blockierung von Entscheidungen ermöglicht, die in deutlichem Widerspruch zu unseren Interessen stehen [...] Und wenn wir über echte Interessen reden, dann hat der Spaß ein Ende. Entweder gibt es einen Kompromiss, oder es zählt die Stärke, fügte sie hinzu."⁵

Die kurze Periode der "PiS an der Macht" endete abrupt durch vorgezogene Parlamentswahlen am 21.10.2007, aus denen die PiS mit 32,11% der Stimmen hervorging, während die konkurrierende Bürgerplattform (PO) unter Führung von Donald Tusk mit 41,51% der Stimmen und in der Koalition mit der "Lewica" und der Bauernpartei (PSL) die Regierungsgeschäfte übernahm. Eines der wichtigeren Ergebnisse dessen war eine weitgehende "Normalisierung" des Verhältnisses der Republik Polen zur Europäischen Union, was sich in den Folgejahren durch die Nutzung z. B. der nicht unerheblichen Finanzmittel des Kohäsionfonds und anderer EU- Hilfsfonds spürbar für die Entwicklung Polens, nicht zuletzt durch zahlreiche Projekte im Bereich der Infrastruktur, auswirkte.

Eine wichtige Zäsur, gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung des Verhältnisses Polens zur Europäischen Union, waren die für die Koalition aus Bürgerplattform (PO) und Bauernpartei (PSL) geradezu niederschmetternden Parlamentswahlen vom 25. Oktober 2015. Eindeutige Gewinnerin der Wahlen war erneut die PiS, die bei einer Wahlbeteiligung von 50,92 % mit einem Stimmenanteil von 37,58 % 235 Mandate im Sejm gewonnen hatte, 10 Sitze mehr als alle anderen Parteien zusammen, und damit die absolute Mehrheit der Abgeordneten stellte. Damit waren zugleich deutliche Weichenstellungen für den zu erwartenden Politikwechsel gegeben, wie auch bereits in den ersten Kommentaren zu den Wahlergebnissen vorausgesehen wurde. Für den Bereich der Außenpolitik wurde in erster Linie eine größere Distanz zur Europäischen Union erwartet.⁶

Diese Prognose fand in den folgenden Jahren vielfache Bestätigung. Aufmerksamkeit erregte die neue Ministerpräsidentin, Beata Szydło, bereits mit ihrem Auftritt auf der ersten Pressekonferenz. Gleich zum Beginn von einem Journalisten gefragt, warum im Gegensatz zur bisherigen Gestaltung des Schmuckes des Saales denn nun nicht mehr die Fahne der Europäischen Union

⁴ Janusz A. Majcherek: „Recht und Gerechtigkeit“ auf der politischen Bühne. Die gegenwärtige Situation in Polen und ihre Genese. In: PolenAnalysen 01/06. S.7

⁵ Gazeta Wyborcza , 15.02.2007

⁶ Markowski, Radoslaw: Wieviel "Budapest" liegt in Warschau?. PolenAnalysen Nr. 171 v. 10.11.2015 S. 5

zu sehen ist, antwortete die Ministerin knapp und klar, dass ja wohl auch das Rot-Weiß der polnischen Nationalflagge sehr schön sei.

Von Interesse ist im Übrigen auch unter dem Gesichtspunkt der weiteren Entwicklung von Konflikten mit der EU die Rede des Alterspräsidenten zur Eröffnung der ersten Sitzung des Parlaments, in der er die These vertrat, dass über dem Recht das "Wohl des Volkes" stehe und es die Aufgabe der politischen Führung sei, das "Wohl des Volkes" durchzusetzen.

Schwerpunkte der Richtungen des von der PiS angestrebten Politikwechsels umriss die Ministerpräsidentin Szydło in ihrer Regierungserklärung am 18. November 2015. In dem längeren Exposé ging sie fast am Ende auch auf die aus Sicht der PiS notwendige Reform des Staates ein und erklärte: "Der polnische Staat bedarf einer tiefreichenden Reform. Die Polen haben ein außerordentlich geringes Vertrauen zu den Gerichten. Häufig sagen sie, dass das polnische Rechtssystem nicht gerecht ist. Ja, ich weiß, dass das für viele von Ihnen unerhört ist. Aber ich war auf vielen Treffen mit Wählern. Wir sind herumgefahren und haben mit den Polen gesprochen. Eines der am meisten angesprochenen Themen war das Thema Gerechtigkeit. Das ist traurig, aber so ist es. Die Polen sagen häufig, dass das polnische Rechtssystem nicht gerecht ist."⁷

Mit dieser noch sehr zurückhaltenden Erklärung war eine Richtung der Politik der PiS vorgegeben, die, wie sich sehr bald herausstellte, zu sich stetig vertiefenden Belastungen und Konflikten mit der Europäischen Union führten.

Die Frage, weshalb die PiS sich mit voller Energie auf die aus ihrer Sicht unabdingbare "Reform des Staates" konzentrierte, war offensichtlich die Erkenntnis, dass unter den bisherigen Bedingungen die Umsetzung ihrer Ziele, nämlich die möglichst ungehinderte Durchsetzung derselben, auf ernsthafte Schwierigkeiten, die sich aus der Verfassung der Republik Polen ergaben, stoßen könnte. Es ging dabei in erster Linie darum, die Kontrolle der von der PiS nach deren Wahlsieg beherrschten zentralen staatlichen Organe (vor allem die Exekutive) so weit wie möglich zu minimieren. Dies betraf in erster Linie das in der Verfassung verankerte Verfassungsgericht (Trybunał Konstytucyjny - TK), das nach Art. 188 die Übereinstimmung u. a. von Gesetzen und Beschlüssen der zentralen Organe der Exekutive mit der Verfassung zu überprüfen und zu bewerten hatte. Die Existenz des Verfassungsgerichtes mit diesen Befugnissen war eine für die PiS schwerwiegende Behinderung für die Durchsetzung ihrer Pläne in Richtung eines weitgehenden Schutzes ihrer politischen Ziele vor möglichen Einschränkungen ihres Regierungshandelns durch das Verfassungsgericht. Die Auflösung des Verfassungsgerichtes war jedoch ohne Verfassungsänderung nicht realisierbar, so dass andere Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Eliminierung einer Gefährdung der Durchsetzung der Ziele der PiS-Regierung zu suchen und durchzusetzen waren. Als offensichtlich machbar bevorzugte Variante wurde die Neubesetzung des TK durch der PiS nahestehende Richter in Angriff genommen. Die einzelnen Schritte in dieser Richtung detailliert darzustellen, würde den hier verfügbaren Rahmen sprengen, so dass nur auf einzelne Schritte kurz hingewiesen werden kann. Angewandt wurden sehr fragwürdige Methoden zur Sicherung der Umwandlung des laut Verfassung unabhängigen Verfassungsgerichtes in ein in vollem Umfang gemäß dem politischen Kurs der PiS agierendes Gremium.

Dies wurde u. a. durch koordiniertes Zusammenwirken der PiS-Mehrheit im Sejm, des der PiS nahestehenden Staatspräsidenten Andrzej Duda sowie der PiS-Regierung unter Beata Szydło erreicht. Im einzelnen wurden Wahlen zu Richtern am Verfassungsgericht, ordnungsgemäß vom polnischen Sejm am 8.10.2015 als Nachfolger des bevorstehenden Ausscheidens von 5 bisherigen Richtern nach Ablauf ihrer Amtszeit gewählt, von dem von der PiS-Mehrheit dominierten Sejm in der Nacht vom 25. zum 26.11.2015 kurzerhand für ungültig erklärt, woraufhin der Staatspräsident die im Oktober gewählten Richter nicht zur Vereidigung einlud. Die Nachfolge traten der PiS nahestehende Juristen an. Damit war das strategische Ziel, jegliche Beschränkung des Regierungshandelns der PiS-Regierung in Zukunft zu verhindern, erreicht, da es gelungen war, die personelle Zusammensetzung des Verfassungsgerichtes so zu gestal-

⁷ Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Beata Szydło. (Stenogramm-Auszüge). In: PolenAnalysen Nr.173. S. 11

ten, dass mit irgendeinem Widerspruch nicht zu rechnen war.

Die Ministerpräsidentin hatte sich während der Suche nach Wegen zur Neubestimmung der Rolle des Verfassungsgerichts geweigert, die ihrem Aufgabenbereich zugeordnete Veröffentlichung von Entscheidungen des Verfassungsgerichts im Amtsblatt der Regierung unverzüglich zu veröffentlichen, wodurch deren Rechtskraft zunächst nicht eintreten konnte.⁸ Parallel dazu erarbeitete die PiS die Fassung einer Novellierung des Gesetzes über das Verfassungsgericht, die von Präsident Duda unmittelbar nach Vorlage bei ihm unterzeichnet wurde, womit auch die Entlassung des bisherigen Vorsitzenden des TK, Prof. Andrzej Rzeplinski und dessen Stellvertreters, Prof. Stanislaw Biernat, innerhalb von drei Monaten verbunden war.

Inmitten dieser Vorgänge erklärte der Innenminister Mariusz Blaszczak, dass der Beschluss der Vorgängerregierung über die Aufnahme von 7000 Flüchtlingen ein falscher Beschluss war. Er sagte weiter, "dass wir uns nicht auf einen Kompromiss einlassen werden."⁹

Damit waren sehr deutlich von wichtigen Vertretern der politischen Führung der breiten polnischen und internationalen Öffentlichkeit Positionen der polnischen Republik kundgetan, dass es keinen Zweifel daran geben sollte, dass Polen sich entschlossen hatte, einem offenen Konflikt mit der Europäischen Union nicht auszuweichen.

Ganz im Sinne dieser Positionsbestimmung trat die Ministerpräsidentin zwei Tage nach ihrer Regierungserklärung im Sejm mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, mit der sie sich zum Verhältnis Polens als Mitglied der EU präzisierend wie folgt äußerte: " Wir akzeptieren und schätzen, dass wir Mitglied der EU sind, dass alle Pflichten der Mitgliedstaaten der EU verbindlich sind. Es ist aber auch ein guter Zeitpunkt gekommen, sich darüber klar zu werden, ob die EU-Beschlüsse gute Beschlüsse sind, in eine gute Richtung weisen. Wir werden uns bemühen, unsere Partner davon zu überzeugen, dass solche Beschlüsse andere sein müssen. Das ist unsere Aufgabe, Ziel unserer Diplomatie."¹⁰

1. Die Organe der EU konnten angesichts dieser Entwicklung in einem Mitgliedsland nicht ständig in der Rolle eines beunruhigten Beobachters verbleiben. Nach einem Kurzbesuch des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Frans Timmermans in Warschau beschloss die Kommission ein Verfahren zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit zu eröffnen. Dazu erklärte Timmermans, dass es um die Situation um das Verfassungsgericht gehe.¹¹ Der Vorsitzende der PiS, Jaroslaw Kaczynski, sagte dazu in einem Interview für die "Rzeczpospolita": "Es hat zumindest keinen Sinn, sich damit zu befassen, wir müssen unseren Weg gehen und können keinem Druck nachgeben."¹² Und die Premierministerin Szydło erklärte ihrerseits im Europäischen Parlament, dass die polnische Regierung auf die Bewertung seitens der Venedig-Kommission wartet und fügte hinzu: "Ich glaube ganz fest, dass diese Meinung ganz objektiv zeigen wird, dass die rechtliche Situation des Verfassungsgerichts in Polen vortrefflich ist." Allerdings war dies ein Wunschtraum oder ein Versuch bewusster Irreführung der Öffentlichkeit, war doch Grundtenor der Einschätzung der Venedig-Kommission, dass viele der durch die PiS eingeführten Änderungen in der Funktionsweise des polnischen Verfassungsgerichts nicht mit europäischen Standards und der Praxis der Verfassungsgerichtsbarkeit in Europa übereinstimmen.¹³ In der Diskussion über die Ergebnisse der Arbeit der Venedig-Kommission hatte die Veröffentlichung der wesentlichen Feststellungen der Kommission in der Zeitung "Wyborcza" eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Es wurde darauf verwiesen, dass die durch die PiS-Regierung durchgeführten Umgestaltungen der Funktion des Verfassungsgerichts faktisch dazu geführt hätten, dass es aufhörte, ein "effektiver Wächter" der Verfassung zu sein. Die Premierministerin erklärte dazu über

⁸ Dazu: Umstrittene Reform. Nationalkonservative in Polen entmachten Verfassungsgericht. <http://www.welt.de/150272141>

⁹ Zitiert nach: Wójcik, Rafał: [Czarna Księga trzech lat rządów PiS](#). (Im Folgenden: Schwarzbuch).

¹⁰ Wójcik, Rafał: [Czarna Księga trzech lat rządów PiS](#) -20.11.15

¹¹ Ebenda, S. 18

¹² Ebenda, S. 19

¹³ Ebenda. S. 24

den Fernsehsender Tram: "Die Meinung der Venedig-Kommission ist nicht verbindlich."

14

Sie nahm dabei die Gelegenheit wahr, sich auch zu der Diskussion um die Flüchtlingsproblematik zu äußern und sagte: "Polen hat aus der Ukraine ungefähr eine Million Flüchtlinge aufgenommen." Dem ist hinzuzufügen, dass im Jahr 2015 etwa 2300 Ukrainer sich in Polen um die Anerkennung als Flüchtlinge bemüht hatten, 6 von ihnen wurden anerkannt. Etwa eine halbe Million Arbeitsmigranten lebten in Polen.¹⁵

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass das seit 2015 auch in Polen eine zunehmende Beachtung in der Öffentlichkeit gewinnende Problem der Flüchtlingspolitik, die in deutlichem Widerspruch zur Linie der Europäischen Union stand, die bereits bestehenden Konflikte verschärfte. Die Regierung machte aus ihrer ablehnenden Haltung kein Geheimnis. Die Ministerpräsidentin machte über eine Veröffentlichung in der Zeitschrift "wSieci" unter Bezugnahme auf die von ihrer Vorgängerregierung erklärte Bereitschaft, 7000 Flüchtlinge aus dem Nahen Osten aufzunehmen, klar, dass ihre Regierung ganz sicher einen ständigen "Mechanismus der Verteilung von Flüchtlingen" nicht akzeptieren werde.¹⁶ In mehreren Bekundungen ihrer Haltung zum Problem des Umgangs mit in der Öffentlichkeit an Beachtung zunehmenden Fragen der Flüchtlingspolitik äußerte sie zudem Ansichten, die in eindeutigen Widerspruch zu den in der EU weitgehend akzeptierten Positionen standen. Sie waren darauf gerichtet, in der polnischen Bevölkerung vorhandene Vorbehalte und Ängste zu schüren. Fast jede sich bietende Gelegenheit nahm sie wahr, vor den angeblichen Gefahren der Aufnahme von Flüchtlingen in Polen zu warnen. So erklärte sie nach terroristischen Anschlägen in Brüssel am 23.3.2016 in dem Fernsehsender Superstacja, dass sie keine Möglichkeit sehe, in der gegenwärtigen Situation Migranten in Polen einreisen zu lassen. Nach mehreren Auftritten nach terroristischen Anschlägen in verschiedenen Ländern Europas kam sie in einer Rede im Sejm zu dem Schluss, dass Europa durch seine "Politik des Multikulturalismus" eine Mitschuld an den Anschlägen ausländischer Terroristen auf sich geladen habe und dass man nicht Terrorismus und das Migrationsproblem voneinander trennen könne. Die Ablehnung der Aufnahme von Flüchtlingen durch Polen sei notwendig und folgerichtig, weshalb sich Polen gegen jeden Erpressungsversuch der EU wehre. Um diese Position in der Haltung der polnischen Bevölkerung zu verfestigen, nutzte sie den terroristischen Anschlag in Manchester vom 27.5.2017 mit 23 Todesopfern und über 800 Verletzten zu der emotional verkündeten Versicherung: "Diese Regierung wird es nicht zulassen, dass polnische Kinder nicht sicher zum Klub, zum Spielplatz und zur Schule gehen können."¹⁷

Als ein weiterer Bereich, der unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses Polen – Europäische Union näher zu betrachten ist, sind die unterschiedlichen Standpunkte zur staatlichen Souveränität und zum Verhältnis des Rechtes der Mitgliedstaaten zum Recht der Union, woraus sich in der politischen Praxis stets Reibungen bis hin zu schwerwiegenden Konflikten ergeben. Wie weiter oben bereits angedeutet wurde, haben Fragen der staatlichen Unabhängigkeit, der Souveränität des Staates und der nationalen Identität, historisch bedingt, für Polen aus staatsrechtlicher Sicht und für das Selbstverständnis der Bürger Polens einen großen Stellenwert. Vor diesem Hintergrund war es ein an Intensität sichtlich zunehmendes Anliegen der die Mehrheit im Sejm innehabenden Gruppierungen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der in Polen von der einflussreichen Zeitung "Wyborcza" der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Bewertungen der Lage in Polen durch die Venedig-Kommission, Fragen der Souveränität als Mittel des Bemühens um möglichst große Zustimmung der Bevölkerung zum Kurs der Politik zu nutzen. Schon unmittelbar nach Übernahme der Führungsrolle der PiS Ende 2015 begannen Fragen der nationalen Identität, des Patriotismus, der Betonung der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität eine zunehmende Rolle als Vorgaben für alle Stufen des Bildungswesens und der über die von der PiS gesteuerten Medien zu spielen.¹⁸ In zahlreichen öffentlichen Auftritten und in den

¹⁴ Ebenda. S.22

¹⁵ Ebenda. S.20

¹⁶ Ebenda. S. 20

¹⁷ Zitiert nach: <http://wyborcza.pl/7,75398,21859130,premier-szydlo-oskarza-europe-takiego-przemowienia-szefa-polskiego.html?disableRedirects=true>

¹⁸ So hieß es in der Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Szydło: . Schule sollte gerade Wissen und

Medien widmete sich der Vorsitzende der PiS Jaroslaw Kaczynski dieser Thematik. So auch zum Beispiel in einer Rede in Kolin, in der er erklärte: "Es gibt einen großen Angriff auf unsere Regierung, einen großen Angriff auf unsere Macht, Versuche ihrer Fesselung, es dahin zu führen, dass sie nichts tun kann. Diese Versuche werden nicht nur in Polen unternommen, sondern leider auch von außen. Dem müssen wir widerstehen, weil bestimmte Angelegenheiten absolut innerpolnische sind, nehmen wir solche, wie die Angelegenheit des Verfassungsgerichts, die im Grunde genommen eine Frage unserer Souveränität sind, eine Frage, ob es Polen überhaupt gibt. Aber Polen ist ein souveränes Land und muss ein souveränes Land sein, und das ist nicht nur eine Frage unserer Würde."¹⁹

Die über längere Zeit erfolgende Zuspitzung der öffentlichen Debatte über den hohen Rang des Patriotismus, der nationalen Identität und deren angebliche Bedrohung sowie über die Notwendigkeit, sich der heroischen Perioden in der Geschichte Polens stets bewusst zu sein, fand schließlich in einem Beschluss des Sejm zur "Verteidigung der Souveränität der Republik Polen und der Rechte ihrer Bürger" vom 20.5.2016 einen gewissen Höhepunkt. Darin heißt es: "Gemäß der Verfassung ist die Republik Polen ein souveräner, demokratischer Rechtsstaat. In letzter Zeit hat es Verletzungen der Souveränität unseres Staates gegeben, die sich zugleich gegen Grundsätze der Demokratie, die Rechtsordnung und den gesellschaftlichen Frieden in Polen richteten. [...] In Institutionen der Europäischen Union sind ebenfalls Versuche unternommen worden, Polen Entscheidungen in der Angelegenheit der Immigranten, die nach Europa gekommen sind, aufzuzwingen. Den verkündeten Entscheidungen zur Lösung dieses Problems mangelt es an Grundlage im europäischen Recht, sie verletzen die Souveränität unseres Staates, die europäischen Werte sowie das Prinzip der Subsidiarität der Europäischen Union. Sie bergen in sich die Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung in Polen, die Sicherheit seiner Bürger sowie des zivilisatorischen Erbes und der nationalen Identität. Der Sejm der Republik Polen ruft die Regierung auf, sich allen Aktionen gegen die Souveränität des Staates zu widersetzen und unterstreicht, dass die Verteidigung des nationalen Interesses und der verfassungsmäßigen Ordnung in der Republik Pflicht der Regierung ist."²⁰

Die Rolle Polens in der Europäischen Union wird jedoch nicht nur durch die hier bisher etwas ausführlicher skizzierten Konflikte im Bereich der zu Recht aus der Sicht der EU schwerwiegenden Probleme der bewussten Torpedierung der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit charakterisiert. In nicht geringem Umfang trugen und tragen auch Entscheidungen in den Bereichen der Umwelt-, Klima- und Wirtschaftspolitik zur Vertiefung der Konflikte bei. Eine ausführliche Darstellung von Einzelheiten würde den hier gegebenen Rahmen sprengen, verwiesen sei nur nochmals auf die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Szydło vom November 2015. Sie legte dort den Standpunkt der Regierung in aller Kürze mit zwei Sätzen dar, die deutlich von intensiv diskutierten Entwicklungszielen, wie sie mehrheitlich in der EU vertreten wurden, abwichen. Es heißt im veröffentlichten Protokoll: "Energiesicherheit bedeutet, die polnische Kohle als Energiequelle zu behalten. Ich spreche hier auch von der Braunkohle."²¹

Eine nicht geringe Rolle spielen für die Entwicklung der Spannungen und Konflikte im Verhältnis Polen – Europäische Union die Herausbildung informeller Gruppierungen wie z. B. der Vise-grad-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn), die angesichts EU-weiter Diskussionen über Grundfragen der weiteren Entwicklung der Europäischen Union, bei denen es unter anderem um Alternativen wie weiterer Vertiefung der Integration oder aber um eine generelle Entwicklung in Richtung der Umwandlung der EU hin zu einer Union der "Vaterländer" ging, ein mehr oder weniger lockeres Zusammenwirken vereinbarten. Das Wirken dieser Gruppe, wie auch weiterer Zusammenschlüsse und Initiativen mittelosteuropäischer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (wie der sog. Drei-Meere-Initiative [Ostsee-Adria-Schwarzes Meer])²² war darauf gerichtet, die relative Eigenständigkeit und Besonderheiten der kooperierenden Mitglie-

Haltung ausbilden. Ein Bestandteil der Haltung sollte ein starkes Gefühl der nationalen Identität und des Patriotismus sein.

¹⁹ Zitiert nach: Wójcik, Rafał: [Czarna Księga trzech lat rządów PiS](#), 2.03.2016

²⁰ http://orka.sejm.gov.pl/proc8.nsf/uchwaly/548_u.htm [Freie Übersetzung des Autors]

²¹ Polen Analysen Nr. 173. S. 12

²² In der Drei-Meere-Initiative schlossen sich Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Österreich, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Bulgarien zusammen.

der der jeweiligen Gruppierung zu verdeutlichen. Es ging dabei nicht nur um die Realisierung infrastruktureller Projekte, sondern auch um gemeinsame Stärkung des Einflusses auf die politische Ausrichtung der Europäischen Union als Ganzes.

Unübersehbar war in diesen Entwicklungen das Bestreben Polens, einen wesentlichen Einfluss auf die Ausrichtung der Politik der gesamten Region der mittelosteuropäischen Neumitglieder der EU zu nehmen und damit das Bestreben der in Polen führenden Nationalkonservativen, ihre Sicht auf die Gestaltung der Politik und Rolle der Europäischen Union so weit wie möglich durchzusetzen.

In ihrem sehr lesenswerten Artikel "*Europa als »Wir« und »Nicht-Wir«*". *Zum Europabild der polnischen Nationalkonservativen*" fasst Magdalena Telus ihre Sicht wie folgt zusammen:

*"Die in Polen seit November 2015 regierenden Nationalkonservativen haben ein gespaltenes Verhältnis zu Europa. Sie bejahen Europa als christliche Zivilisation, tun sich jedoch schwer mit der Europäischen Union, der sie Entwurzelung vorwerfen. Sie bekennen sich zu einer diffus verstandenen europäischen Kultur und Tradition einerseits und zeigen sich skeptisch gegenüber den politischen Strukturen, Eliten und liberalen Werten der Europäischen Union andererseits. Es liege nun an Polen, Europa an seine christlichen Traditionen zu erinnern. Polen sei ein Staat, der seinen Patriotismus und seinen Glauben hochhalte, und sei gleichsam aufgerufen, in Europa, insbesondere in seiner regionalen Nachbarschaft, eine entsprechende Rolle zu spielen."*²³

In diesem und im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Beschluss des Sejm "Zur Verteidigung der Souveränität der Republik Polen" vom 20. 5. 2016 ist der beständige Versuch der PiS zu erwähnen, durch das Beschwören einer angeblich ständigen Gefahr für Polen durch die Nachbarstaaten Russland und Deutschland weite Teile der polnischen Bevölkerung für die kompromisslose Verteidigung der polnischen Identität und der Souveränität der Heimat zum Zusammenschluss um die PiS als des Garanten der Sicherheit und Unverletzlichkeit Polens zu gewinnen. Die Verfolgung dieses Zieles erhielt seine große Bedeutung nicht zuletzt durch die Tatsache, dass die PiS zwar durch Besonderheiten des polnischen Wahlrechts die absolute Mehrheit der Sitze im Sejm errungen hatte, aber sich nicht auf die Mehrheit der polnischen Gesellschaft stützen konnte. Dies führte gewissermaßen zwangsläufig zu der sich ständig zuspitzenden Situation, auch die EU als Bedrohung polnischer Souveränität zu betrachten und dementsprechend gegensteuern zu müssen. Welches Ausmaß dies annahm und wie zielstrebig diese Argumentationslinie von den gegenwärtig in Polen Regierenden als Mittel zur Beeinflussung der Wählerschaft im Sinne der Politik der PiS missbraucht wird, schildert der bekannte Schriftsteller und Publizist Tomasz Jastrun mit Blick auf den Wahlkampf der PiS im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im Frühjahr und Sommer 2020: "Vor Erregung bebend, mit Tränen in den Augen, schreit Duda: "Wir werden uns hier nicht in fremden Sprachen aufzwingen lassen, was für eine Ordnung wir in Polen haben sollen." Und Jastrun fährt fort: "Der Vorsitzende [Kaczynski. E.M.], den Rhythmus des Marsches angehend, sagt: "Was wir heute tun, das ist dafür, dass Polen besser sein wird und dass Polen souverän und unabhängig sein wird, dass dieser neue Angriff auf unsere Souveränität und Unabhängigkeit zurückgewiesen wurde. Diesen Angriff auf Polen²⁴ vollführt die Europäische Union."²⁵

Der vorläufige Höhepunkt des Konfliktes Polen – Europäische Union ist die Rolle Polens im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den langfristigen Haushalt der Europäischen Union. Seit längerer Zeit bereits gibt es bekanntlich Versuche sowohl der EU - Kommission, des Europäischen Parlaments, des EUGH und des Europarates, sich mit Verletzungen des Europavertrages, insbesondere des Artikels 7, durch einzelne Staaten zu befassen. Ohne die Geschichte dessen hier im Einzelnen darstellen zu können, spitzten sich die Bemühungen

²³ Magdalena Telus: *Europa als »Wir« und »Nicht-Wir«*". *Zum Europabild der polnischen Nationalkonservativen*. In: *Polen Analysen* Nr. 228. S. 2

²⁴ Als Angriffe auf Polen werden die *Vielzahl von Resolutionen und Beschlüssen der EU-Organe zur Lage in Polen* gewertet

²⁵ Tomasz Jastrun: *Patologiczna rodzina*. In: *Przeгляд* 2020/Nr.5. S.39 ff.

dahingehend zu, dass ernsthafte Versuche unternommen wurden, wirksame Vertragsverletzungsverfahren nach Artikel 7 durchzuführen, mit denen Mittel und Wege gefunden werden sollten, Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit spürbar durch fiskalische Maßnahmen, d.h. durch Kürzung von Finanztransfers zu sanktionieren. Die Reaktionen betroffener Staaten, z. B. Ungarn und Polen, waren bekanntlich nicht ernsthafte Veränderungen der in die Kritik geratenen politischen Entwicklungen. Statt dessen griffen Ungarn und Polen zum Mittel des Vetos gegen das langfristige Budget der EU, womit für die EU-Kommission eine außerordentlich komplizierte Situation entstand. Nach langwierigen Verhandlungen gelang es, aus der Not heraus beide Staaten durch einen sehr zweifelhaften "Kompromiss" zur Rücknahme des Vetos zu bewegen. Eine wirkliche Schlichtung des tiefgehenden Konfliktes wurde nicht erreicht, eine Prognose für die nächste und weitere Zukunft ist nicht absehbar.

Im Zusammenhang mit den eingeleiteten Maßnahmen der EU gegen die Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit durch die Politik der polnischen Regierung wäre noch auf die Verletzungen von Minderheitenrechten in Polen als bedeutsames Feld der Vertiefung des Konfliktes Polen–Europäische Union zu verweisen. Bis in den Präsidentschaftswahlkampf im Frühjahr und Sommer 2020 hineinreichend spielte in den öffentlichen Auseinandersetzungen in Polen eine breit angelegte homophobe Kampagne eine große Rolle, die von dem um eine weitere Amtszeit bemühten Präsidenten Duda aktiv bei seinen zahlreichen Auftritten auf dem flachen Lande unterstützt wurde. Sie fand auch darin ihren beschämenden Ausdruck, dass sich zunehmend Kommunen auf dem flachen Land zu "LGBTI-freien Zonen" erklärten, woraufhin die EU sich genötigt sah, diesen Verwaltungseinheiten ihnen eigentlich zustehende Finanzmittel nicht zukommen zu lassen. Am Rande bleibt zu vermerken, dass die Reaktion des in Personaleinheit von Justizminister und Generalstaatsanwalt eine wichtige Position in der Regierung innehabenden Ministers Ziobro darin bestand, dass er betroffenen Kommunen Finanzmittel in mehrfacher Höhe der eigentlich von der EU zu leistenden Mittel zukommen ließ.

Polen in der NATO

1999 trat die Republik Polen der "Nordatlantischen Verteidigungsorganisation" bei. Große Auseinandersetzungen über den Beitritt fanden nicht statt, zumal, wie bereits weiter oben erwähnt, die polnische Außenpolitik sich bereits deutlich auf ein enges Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika orientiert hatte. Ein wesentlicher Hintergrund war zudem das gespannte Verhältnis zwischen Polen und Russland, das von einer angeblich von Russland ausgehenden Bedrohung Polens stark belastet war.

In dieser sehr angespannten Situation erwies sich zunächst die 1997 zwischen der NATO und Russland vereinbarte "NATO – Russland - Grundakte" mit der NATO-Zusage, "in Osteuropa keine zusätzlichen, substantiellen und permanenten Kampftruppen zu stationieren", als ein Hoffnungsschimmer für die Entspannung der Lage. Allerdings blieben dauerhafte positive Ergebnisse aus. Dies nicht zuletzt angesichts eines relativ starken polnischen Widerstandes gegen die getroffenen Vereinbarungen. Und schließlich erklärte auf der sogenannten Münchener Sicherheitskonferenz der polnische Außenminister Witold Waszczykowski, dass die "NATO - Russland – Grundakte" nicht mehr gelte. Sie sei zwar eine politisch verbindliche Erklärung, aber kein "rechtlich verbindlicher Vertrag"²⁶

Parallel zu den vielfältigen Beschwörungen einer angeblich stärker werdenden aggressiven Gefahr einer russischen Bedrohung ist Polen bemüht, im Rahmen der NATO auf den Artikel 5 des NATO-Vertrages zu verweisen und seinen Standpunkt intensiv zu vertreten. Es mehren sich in der polnischen Gesellschaft und im Rahmen der NATO die Bemühungen der politischen Führung, die Notwendigkeit zu unterstreichen, der von Russland ausgehenden Gefahr gemeinsam entgegen zu wirken. Immer häufiger wird der Gedanke in die Diskussion gebracht, dass die polnische Armee allein nicht die von Russland ausgehende Gefahr abwenden kann. Dies war offensichtlich gezielt als Bestandteil der Vorbereitung auf den NATO-Gipfel in Warschau am 8./9. Juli 2016 gerichtet. Nicht zu übersehen sind Erwägungen, ungeachtet der "NATO-Russland-

²⁶

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-02/nato-russland-grundakte-polen-sicherheit-bedingungen>

Grundakte" in Polen militärische Einheiten der Verbündeten dauerhaft zu stationieren. Da den polnischen Bestrebungen nicht entgegengekommen wurde, setzte sich im Ergebnis vielfältiger Diskussionen und öffentlicher Auftritte führender Politiker die Idee durch, statt einer dauerhaften Stationierung von NATO-Einheiten zu einem Rotationssystem der Anwesenheit von militärischen Gruppierungen verbündeter Partner überzugehen. Ergänzt wurde dies durch die Praxis, in Polen Stützpunkte für Waffensysteme verschiedener Art zu schaffen, die mittlerweile über fast das ganze Land verteilt sind, wobei die Tendenz einer Konzentration solcher Stützpunkte und Anlagen in Südwestpolen nicht zu übersehen ist, wofür die Berücksichtigung der Reichweite von im Gebiet Kaliningrad stationierten russischen Raketen eine plausible Begründung gibt. Ergänzend zu dieser Praxis wurden in nicht geringer Anzahl gemischte militärische Verbände geschaffen.

Anlässlich des 20. Jahrestages der Mitgliedschaft Polens in der NATO veröffentlichte das polnische Außenministerium 2019 im Übrigen eine Erklärung unter dem Titel "Polska w NATO", in der es u. a. heißt:

"Seit fast 70 Jahren ist die NATO die wichtigste Säule der europäischen Sicherheit und stellt die notwendige Verbindung zwischen Europa und Nordamerika im politischen und verteidigungspolitischen Bereich her. Dank aufeinanderfolgender Erweiterungswellen sind nun 29 Länder Mitglieder der Nordatlantischen Allianz, und weitere streben aktiv den Beitritt zur Organisation an.

Dank seiner sich ständig weiterentwickelnden militärischen Kapazität und strukturellen Flexibilität passt das Bündnis seine Ressourcen und Betriebsmethoden effektiv an die sich ändernden Sicherheitsherausforderungen seiner Mitglieder an.

In Übereinstimmung mit dem aktuellen strategischen Konzept führt die Allianz drei grundlegende Missionen durch:

kollektive Verteidigung nach Art. 5 des Washingtoner Vertrags, der auch eine wirksame Abschreckung abdeckt;

Krisenmanagement, um auf das gesamte Spektrum der Herausforderungen zu reagieren, die auf einzigartigen politischen und militärischen Fähigkeiten beruhen;

kooperative Sicherheit durch ein Netzwerk aktiver Partnerschaften mit Nicht-Bündnisländern und Beitrag zur Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Abrüstung.

In jüngster Zeit haben die Themen Verteidigung gegen hybride Bedrohungen, Cybersicherheit, Energiesicherheit und neue Technologien auf der NATO-Agenda eine besondere Bedeutung erlangt.

Für Polen sind das Potenzial einer wirksamen Abschreckung und die militärischen Fähigkeiten des Bündnisses, die die Umsetzung kollektiver Verteidigungsaufgaben angesichts der Destabilisierung aus dem Süden, insbesondere aber angesichts wachsender militärischer Bedrohungen im Osten und zunehmend wichtiger hybrider Bedrohungen gewährleisten, von zentraler Bedeutung. Die angemessene Antwort auf diese Herausforderungen besteht darin, die Effizienz der alliierten Kommandostruktur und die kürzlich eingeleitete signifikante Stärkung der Ostflanke zu erhöhen, einschließlich durch Umsetzung der Entscheidungen des NATO-Gipfels 2016 in Warschau in Form einer verstärkten Vorwärtspräsenz (eFP). Auf dem Gipfel wurde auch beschlossen, die Sicherheit in der Schwarzmeerregion durch die Einrichtung einer angepassten Vorwärtspräsenz zu erhöhen (maßgeschneiderte Vorwärtspräsenz (tFP)).

Gleichzeitig engagiert sich Polen außerhalb des Vertragsgebiets für alliierte Aktivitäten, die auf Prävention, Krisenreaktion und Wiederaufbau nach Konflikten abzielen. Seit unserem NATO-Beitritt haben wir an praktisch allen alliierten Operationen teilgenommen, und polnische Kontingente in den KFOR- und ISAF-Missionen, die für die regionale Stabilität von entscheidender Bedeutung sind, gehörten zu den zahlreichsten. Wir sind aktiv, wo die Sicherheit des Bündnisses es erfordert - im Süden, in Afghanistan und im Irak oder im Osten. Im Rahmen der "AIR Policing Mission" patrouillieren wir regelmäßig den Luftraum der baltischen Staaten, in der

Zusammensetzung der Kampfgruppe in Lettland unter den beteiligten EFP und in Rumänien im Rahmen des TFP.

Der aktive Aufbau politischer und wirtschaftlicher Stabilität im Umfeld des Bündnisses durch ein Netzwerk von Partnerschaften und gezielten Hilfsprogrammen bestimmt maßgeblich die regionale und globale Wirksamkeit des Bündnisses. Polen gehört zu der Gruppe der Verbündeten, die am stärksten an der Förderung von Reformen in Partnerländern wie Georgien, der Ukraine und Moldawien sowie auf dem westlichen Balkan beteiligt sind. Es setzt sich auch für eine kontinuierliche Vertiefung der Zusammenarbeit mit Schweden und Finnland ein. Wir glauben, dass das Bündnis offen bleiben sollte für die Mitgliedschaft in Ländern, die in der Lage sind, die festgelegten Kriterien zu erfüllen und Aspiranten aktiv bei ihren Reformen zu unterstützen. Es ist auch von entscheidender Bedeutung, die Zusammenarbeit mit der EU zu stärken, insbesondere im Kampf gegen hybride Bedrohungen.

Für Polen bedeutet die Mitgliedschaft in der NATO auch eine ständige Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeiten. Polen verbessert ständig die Qualität seiner Streitkräfte und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung alliierter Aufgaben im Bereich der kollektiven Verteidigung und Krisenbewältigung, unabhängig von der Richtung und Art der Bedrohungen. Dies spiegelt sich auch in der Lage der folgenden NATO-Strukturen in unserem Land wider: Multinationales Korps Nordosten in Stettin, NATO-Ausbildungszentrum für gemeinsame Streitkräfte in Bydgoszcz (JFTC), NATO-IKT-Unterstützungsteam in Bydgoszcz, Kommando des 3. NATO-Kommunikationsbataillons in Bydgoszcz, NATO-Militärpolizei in Bydgoszcz, NATO Forces Integration Group in Bydgoszcz, NATO-Expertenzentrum für Spionageabwehr in Krakau und Kommando der multinationalen Division Nordosten in Elbląg.²⁷

Es bleibt abschließend zu vermerken, dass die Aufzählung der Standorte der "NATO-Strukturen" lediglich einen unvollständigen Überblick über die reale Lage vermittelt. Es fehlen insbesondere Angaben für die in nicht geringer Zahl bestehenden Luftwaffenstandorte. Zu ergänzen wären weiterhin genauere Hinweise über die bestehenden Pläne zur "Modernisierung" der polnischen Luftwaffe durch den geplanten Kauf einer größeren Anzahl amerikanischer Kampf- und Transportflugzeuge.

Dr. Günter Wehner

Ein Forschungsbericht über die deutsch-sowjetische Widerstandsgruppe unter Leitung von Willy Hielscher in den Jahren 1942 bis 1944 in Berlin-Wilhelmsruh

Diese Widerstandsgruppe wurde seit 1958 aus den verschiedensten Anlässen in der Öffentlichkeit erwähnt, blieb aber dennoch weitgehend unbekannt. Von ihren überlebenden Mitkämpfern unter Leitung von Prof. Helene Roggenbuck – der Witwe von Willy Hielscher – bei Mitarbeit des Forschungsstudenten an der Greifswalder Universität G. Wehner entstand 1963 ein bisher nicht veröffentlichter Forschungsbericht, dessen wesentlicher Inhalt im Folgenden zusammenfassend dargelegt wird.

Die Entstehung der deutsch-sowjetischen Widerstandsgruppe während des Zweiten Weltkrieges in Wilhelmsruh war keine spontane oder zufällige Aktion. Sie ist nur zu verstehen und richtig einzuordnen, wenn man einige politische Zusammenhänge aus der Anfangsphase der organisierten illegalen Arbeit beleuchtet, also vor der Zeit des Zweiten Weltkrieges. In der illegalen Zeit von 1933 bis 1935 etwa arbeiteten viele ehemalige Arbeitersportler politisch in bürgerlichen Sportclubs, weil sie in diesen noch legalen Organisationen im antifaschistischen Sinne tätig sein konnten. So waren im Sportclub Cito-Humboldt in Wedding Jugendgenossen des KJVD, Fichtesportler und Genossen der KPD organisiert. Die Anleitung der illegalen Arbeit erfolgte in dieser Zeit von der Zentrale der illegalen Roten Sporteinheit. Der Instrukteur für Cito war der Genosse Erwin Hoyer aus Berlin-Wedding. Von der Zentrale war Hans Mickin verantwortlich. Bei ihm arbeitete Gretel Damerow als Sekretärin, bis die Massenverhaftungen einsetzten. Von dieser zentralen Leitung erhielten die antifaschistischen Sportler bis etwa 1934/35 zentrales Flugblattmaterial und andere antifaschistische Literatur. Zu diesem illegalen Kreis gehörten u. a. Werner Deckers, Cäsar Horn, Willy Hielscher, Kurt Seeger, Erwin Reisler, Otto Türksch, Erwin Damerow, Gerda Reisler, Rudi Rotkamp, Georg Prescher und Fritz Goltz. Als die Gestapo auf diese illegale Arbeit aufmerksam wurde und die ersten Verhaftungen einsetzten, wurde nach Rücksprache mit den Genossen der KPD Paul und Elli Trebe beschlossen, Sportler auf verschiedene Vereine zu verteilen. So kamen Willy Hielscher und seine Frau Helene (sie ist mit anderen Überlebenden aus der Gruppe die Verfasserin des Berichtes),²⁸ enger mit Erwin und Gretel Damerow in Verbindung, die ebenfalls dem Reinickendorfer Sport- und Ballspielclub angehörten. Dort wurde regelmäßig Tennis gespielt. Wir verkehrten aber auch familiär zusammen, berichtete H. Roggenbuck. Nach der Verhaftung der früheren Leitung von E. Hoyer und Mickin erfolgte jetzt die politische Anleitung durch einen Genossen der KJVD und des Unterbezirks Wedding. Die illegale Arbeit war aber nicht nur auf einen Unterbezirk bzw. Stadtbezirk beschränkt, sondern erstreckte sich bis nach Wittenau und Tegel. Flugblätter wurden vor den dortigen Betrieben verteilt, wie zum Beispiel bei der BVG Uferstraße und in der AEG Acker- und Brunnenstraße in Berlin-Mitte sowie in dem Rüstungsbetrieb Borsig, später Rheinmetall-Borsig. Die politischen Schulungen erfolgten meist in kleineren Gruppen, außerhalb Berlins. Dort wurde auch über die Beratungen und Beschlüsse der „Brüsseler Konferenz“ der KPD von 1935 informiert und entsprechende Schlussfolgerungen für die weitere antifaschistische Arbeit gezogen. Soweit von den Teilnehmern das Neue in diesen Materialien begriffen wurde, gingen sie mit dieser grundlegenden Orientierung und ihrem jugendlichen Optimismus an die Arbeit. Jeder bemühte sich, in seinem Arbeits- und Wirkungsbereich entsprechend den neuen Erkenntnissen und Weisungen zu handeln. Zum Erfahrungsaustausch kam es meist nur im engeren Kreise, bei den häufig gegenseitigen Besuchen, die nach Außen hin den Charakter familiärer Zusammenkünfte hatten. Wie Erwin Reisler mitteilte, hat er mit anderen Grenzgängern über diese Arbeit der Jugendgenossen in den Jahren 1936/37 vor den Genossen des Zentralkomitees berichtet, als sie zu diesem Zeitpunkt bei einem Treff die Schönerlahnbaude in der ČSR anliefern.

So erhielten die Jugendgenossen in den ersten Monaten und Jahren der faschistischen Diktatur ihre Feuertaufe. Sie wuchsen politisch durch die Bewährungsproben und gewannen mit der Zeit

²⁸ Helene Roggenbuck: Forschungsbericht, S. 3.

eine gewisse Erfahrung in der konspirativen, illegalen Arbeit. Da sich die meisten aus der Zeit vor 1933 kannten, war die Frage des Vertrauensverhältnisses mit der Konspiration zu keinem ernstesten Problem geworden. Im Gegenteil, bei so einem umfangreichen Kreis Gleichgesinnter und politisch Engagierter verstärkte sich durch die illegale Tätigkeit das politische Zusammengehörigkeitsgefühl derart, dass oftmals unbewusst Grundregeln der konspirativen Arbeitsweise verletzt wurden. Aber das insgesamt Positive bestand darin, dass trotz zeitweiser Unterbrechung der organisierten, zentralen angeleiteten Arbeit durch die Massenverhaftungen in den Jahren 1934/35 die Verbindungen zu verschiedenen Genossen erhalten blieben und sich dadurch ein kontinuierlicher Zusammenhalt bis in die Jahre des Zweiten Weltkrieges ergab. Diese Kontinuität traf insbesondere auf den politischen Kreis um Werner Deckers, Willy Hielscher, Cäsar Horn, Fritz Goltz, Erwin und Gerhard Reisler, Erwin und Gretel Damerow zu; als ehemals ledige Genossen sich mit ihren Lebensgefährtinnen liierten, erweiterte sich dieser Kreis um neue Mitkämpfer, die ebenfalls Erfahrungen in der illegalen Arbeit mitbrachten. So sammelten sich stets wieder die durch Verhaftungen versprengten Antifaschisten nach ihren Haftentlassungen um den Kern des Kreises, der erhalten geblieben war. Das traf in diesem Zusammenhang auf die Genossen Deckers, Horn und Fritz Goltz zu. Auch ohne eine zentrale Anleitung waren inzwischen die illegal erprobten Kader in der Lage, eine relativ selbständige antifaschistische Arbeit zu leisten. Jedoch erhielten sie bald durch Werner Deckers nach seiner Kontaktaufnahme mit ihnen 1936 wieder den Zugang zu zentralen Materialien und entsprechenden Informationen. Durch seine Verbindung nach Dänemark, wohin er im Jahr 1938 per Schiff fuhr, beschaffte er dem antifaschistischen Kreis Materialien der Brüsseler Parteikonferenz und andere Dokumente, die auf illegalen Treffs ausgewertet wurden. Die nunmehr wieder regelmäßigen illegalen Treffs fanden oft in der nördlichen Umgebung Berlins statt, so bei Lanke, am Liepnitzsee, Birkenwerder an der Brieze, am Niederfinowkanal und an der Schleuse Liepe bei Freienwalde. Dort wurde auch über politische Ereignisse diskutiert, wie zum Beispiel über den spanischen Befreiungskrieg, später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und über den Konflikt mit Finnland. Ferner wurden als Roman getarnte Broschüren, die von illegalen Parteigruppen und auch zentral herausgegeben wurden, zugänglich gemacht. Den Inhalt dieser Materialien werteten sie für ihre eigene antifaschistische Tätigkeit aus. Gleichzeitig tauschten die Widerständler auf diesen Zusammenkünften Erfahrungen aus über die Stimmung der Bevölkerung, die sie aus dem unmittelbaren Berufsleben erfassen konnten. Hier wurden auch bestimmte Argumente und Verhaltensweisen erarbeitet, die für jeden Einzelnen zur Richtlinie seines Handelns wurden. Auf diese Weise setzten die Antifaschisten um W. Hielscher mit großem Verantwortungsbewusstsein und mit dem Wissen um das Risiko des illegalen Kampfes die antifaschistische Arbeit fort. Damit vollzog sich auch eine stetig zunehmende Qualifizierung in der politischen Arbeit jedes Einzelnen. Es bestand aber in jener Zeit nicht die Absicht, den illegalen Kreis durch Gewinnung unbekannter Hitlergegner – soweit diese sich zu erkennen gaben – zu erweitern. Solcherart gezielte Organisation von Gegnern des faschistischen Regimes wurde schwerpunktmäßig in den Jahren des zweiten Weltkrieges in die Wege geleitet.

Aus dem gemeinsamen Studium an der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) vor 1933 hatten die Widerständler Kontakt zu dem Russischsprachlehrer Perlmann, der als Kundschafter mit dem Decknamen Permin in Berlin wirkte. Er gab Helene und Willy Hielscher Russischunterricht, ferner konnten sie ab 1941 legal im Fremdsprachlerbund ihre Sprachausbildung fortsetzen. In diesem legal arbeitenden Bund legte Willy Hielscher seine Dolmetscherprüfung ab.

Nach dem heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 bemühten sich die Antifaschisten um Willy Hielscher, Kontakte zu den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, die bei der Bergmann AG in Berlin-Wilhelmsruh Zwangsarbeit leisten mussten, herzustellen. Über den Vater von Helene Hielscher, Emil Einkenel, der bei Bergmann arbeitete, konnte der Kontakt zu Wally Silibschewa aufgenommen werden. Sie musste als Melkerin bei Milch-Krüger Zwangsarbeit leisten. Ihr Weg aus dem Lager zu ihrem Arbeitsplatz führte über einen Hof, der zur Wohnung von E. Einkenel führte. Auf Bitten W. Hielschers vermittelte dieser eine Zusammenarbeit mit Wally in der Wohnung seines Schwiegervaters, der bei Bergmann einer illegalen Betriebsgruppe angehörte. Die sich anbahnende Zusammenarbeit mit den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in Berlin-Wilhelmsruh verlief sehr vorsichtig, da diese ihr zunächst bestehendes Misstrauen gegen die deutschen Widerständler überwinden mussten. Durch Wally, die sehr gut

die deutsche Sprache beherrschte, gelang das relativ schnell. Sie konnte in der Wohnung von W. Hielscher russische Bücher lesen und den Sender Radio Moskau abhören. Ferner bemühten sich die Kampfgefährten um W. Hielscher, die nach Berlin verschleppten sowjetischen Bürger mit lebensnotwendigen Dingen zu versorgen. Das gegenseitige Kennenlernen war sehr wichtig für die beabsichtigte konspirative Zusammenarbeit. W. Hielscher musste wissen, welche politischen Erfahrungen und Bewährungsproben gab es bei den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Dabei leistete Wally beispielhafte Dienste, da sie als Studentin die politische Haltung und Motivation ihrer Landsleute gut einschätzen konnte, um gemeinsam mit dem Wilhelmsruher Antifaschisten illegal zu wirken. Bei den illegalen Treffs in der Wohnung der Familien Hielscher und Eienkel erläuterte Wally den sowjetischen Treffteilnehmern die Kriegslage und das Ziel der deutschen Antifaschisten, nach Möglichkeit alle Regimegegner in Berlin in konspirativen Gruppen zu sammeln, um aus eigener Kraft das NS-Regime zu stürzen. Es kam darauf an, unter den 2400 Zwangsarbeitern im Lager Berlin-Wilhelmsruh herauszufinden, wer für das gemeinsame illegale Wirken geeignet war. Die Vorstellung einer Art Einheitsfront der ausländischen Zwangsarbeiter musste auf ihre Realität geprüft werden. Mit der erfolgreichen Klärung dieser Frage konnte dann die erste gemeinsame illegale Aktion der Arbeit-Langsam-Bewegung bei der Bergmann AG in Wilhelmsruh ausgelöst werden.

Eine Veränderung in der Situation der Widerstandsgruppe vollzog sich etwa in der zweiten Hälfte des Jahres 1943. Zuerst musste der jüngste Komsomolze Alexander als aktiver Kämpfer ausscheiden, weil ihn eine TBC in die Isolier- und Krankenbaracke warf, die bei Berlin-Blankenfelde ihre Station hatte und zum Komplex der Bergmann AG gehörte. Von dort meldete er sich brieflich und bat um einen Besuch und Unterstützung. Der Überbringer war ein Mitglied der Bewachungsmannschaft. Er war den Illegalen bis dahin unbekannt. Seine Mittlerrolle ließ aber erkennen, dass sich auch unter den Bewachern Widerständler befanden. Später wurde dieser Kurier als „Genosse Förster“ bekannt. In der gleichen Zeit hatte sich „Grischa“ auf den Weg gemacht, um sich zu den polnischen Partisanen durchzuschlagen. Ihn hielt es in Berlin nicht länger als Zivilinternierter, er wollte sofort gegen die Nazis aktiv werden. Als Beweis seiner erfolgreichen Ankunft bei den Partisanen erhielten seine Berliner Kampfgefährten eines Tages ein großes Stück polnischen Speck. Nun wussten sie, dass diese Verbindung gut funktionierte. Ein halbes Jahr später erhielten sie Kenntnis von einer Verbindung seitens deutscher Antifaschisten zu polnischen Partisanen, die über einen Kurier „August“ erfolgte.²⁹ Auch Wassili Pauls schied in dieser Zeit aus der illegalen Widerstandsgruppe aus, weil die Regeln der Konspiration dies verlangten. Unter seiner zielgerichteten Orientierung und Anleitung hatten die sowjetischen Zwangsarbeiter Waffen und Munition im Betrieb und unter dem Fußboden der Baracken versteckt. Als diese Sache durch Unvorsichtigkeit aufgedeckt wurde, musste er verschwinden, damit er als Urheber dieser Aktion galt und die Mitstreiter unerkant blieben. Er lebte illegal in Potsdam-Rehbrücke. Durch die Kuriere „Anna“, eine russische Lehrerin, und Rudi Kühn hielten sie den Kontakt zum Stammlager in Berlin-Wilhelmsruh.³⁰ Bevor W. Pauls seinen neuen Wirkungsbereich zwangsläufig aufsuchen musste, hatte er im Stammzwangslager einige neue Mitstreiter gewonnen, die nun die Widerstandsgruppe verstärkten. Ferner konnten auch Verbindungen zu anderen Zwangsarbeiterlagern hergestellt werden, die sich in Wittenau und Umgebung, in Berlin-Neukölln und im Stadtbezirk Prenzlauer Berg befanden. Durch die wiederholten Wanderungen der Widerständler trafen sie mehrmals auf französische Kriegsgefangene, die erlaubte Ausgänge durchführten. Durch sie erfuhren sie, in welchen Gegenden von Berlin sowjetische Zwangsarbeiter untergebracht waren. Durch Wally und Wassili gelang es, Zugang zu den bisher unbekanntenen Lagern von sowjetischen Zwangsarbeitern herzustellen. Die hier gewonnenen illegalen Mitstreiter kamen im Frühjahr 1944 zum Einsatz. Durch die Tätigkeit Willy Hielschers in der Uniformbranche bei der Firma Heinze in der Schönhauser Allee 6/7 des Stadtbezirkes Berlin-Prenzlauer Berg erhielt er Kontakte zu dortigen sowjetischen Zwangsarbeitern. Aus diesen Begegnungen erhielt die deutsch-sowjetische Widerstandsgruppe neue Kräfte, sodass sich zum Jahresanfang 1944 ein organisierter Zusammenhalt abzeichnete. Es wurden strenge Regeln für die illegalen Treffs festgelegt, die außerhalb des Zwangsarbeiterlagers häufig am Kanal in Berlin-Wilhelmsruh stattfanden. Um allen illegalen Beteiligten gleiche Informationen zu übermitteln, entsandte jede einen Kontaktmann. Aus konspirativen Gründen musste es stets die

²⁹ Ebenda, Bericht von Anni Kühn.

³⁰ Vgl. Forschungsbericht, S. 14.

gleiche Person sein, so entstand ein gewisses Organisationsprinzip, das strikt eingehalten wurde. Dazu gehörte auch eine gewisse Kontinuität in Bezug der Treffs und ihrer Uhrzeit. Wenn außerhalb der geplanten Zusammenkünfte ein Treff notwendig wurde, geschah das über Kurier. In der Anfangsphase des illegalen Wirkens der Gruppe geschah das über die Zwangsarbeiterin Wally. Sie hatte mit der Familie Kühn einen festen Kontakt und konnte unverzüglich notwendige Informationen an Willy Hielscher überbringen. Anfang 1944 übernahm Alexander Paschkaly die Aufgabe des ständigen Kontaktmannes. Er gehörte zur Leitung der Gesamtgruppe. Für die Kuriertätigkeit nach Potsdam-Rehbrücke zu Wassili Pauls waren weiterhin Walli und der Antifaschist Rudi Kühne zuständig. Im Frühjahr 1944 funktionierte ein ziemlich umfangreiches illegales Zusammenwirken von organisierten Gruppen sowjetischer Zwangsarbeiter. Zu den bereits genannten illegalen Kontakten kamen neue nach Berlin-Biesdorf, Berlin-Lichtenberg und etwa ab März/April 1944 nach Birkenwerder und Bergfelde hinzu. In Biesdorf war „Grischa“ ein Verbindungsmann, in Lichtenberg „Wanja“. In Biesdorf wurde das Parkgeländer für illegale Treffs genutzt. In Lichtenberg traf sich Willy Hielscher auf dem dortigen Sportplatz mit „Wanja“. Dieser hatte auch die Möglichkeit, sich täglich mit Willy Hielscher auf dem S-Bahn-Bahnsteig in Berlin-Jannowitzbrücke zu treffen. Dort wurden Informationen ausgetauscht. Die Kontaktpersonen berichteten über die Stimmung in den Betrieben, wo die Zwangsarbeiter schufteten mussten, und es wurde beraten, wie durch kleine Aktionen die Rüstungsproduktion behindert werden konnte. Vor allem sollte mit dem Näherrücken der Ostfront der Optimismus verstärkt werden, dass die Zeit der Befreiung nicht mehr fern war.³¹

In Berlin-Wittenau war es „Stascha“, der als Kontaktmann an den Treffs am Schäfersee teilnahm. Die aus dem Stammlager bei der Bergmann AG geschaffene Verbindung nach Birkenwerder und Bergfelde entwickelte sich zu einem zentralen Treffpunkt für die illegale Gruppe. Anlass dafür war die Befreiung eines sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Stammlager. Die illegale Unterkunft wurde von Luba Richter vorbereitet, die mit Arthur Magnor und dessen Ehefrau befreundet war. Die Zwangsarbeiterin Tamara Nironenko wurde mit der Durchführung der Aktion betraut. Sie erhielt männliche Zivilkleidung, die sie nach einem verabredeten Plan unmittelbar am Arbeitsplatz von Gregorij Wassiljew ablegte. Sie schleuste ihn nach der Umkleidung durch die Torkontrolle. Anschließend wurde er nach Bergfelde zum Haus der Familie Magnor gebracht, wo er von Ende März 1944 bis Juli 1944 illegal lebte.³² Für ihn musste jetzt der Lebensunterhalt sichergestellt werden. Diese Aufgabe übernahmen Helene und Willy Hielscher, die von dem sympathisierenden Milchhändler Erich Kohn größere Zuwendungen an Lebensmitteln und Bezugsmarken erhielten. Weiterhin übernahm es W. Hielscher, Kleidung zu beschaffen. Die Übermittlung der Nahrungsmittel oder Lebensmittelmarken übernahm Tamara, sie war für W. Hielscher die Kurierin und hielt die Verbindung zu den Kampfgefährten im Zwangsstammlager in Wilhelmsruh. Die Befreiung von Wassiljew aus dem Kriegsgefangenenlager erfolgte aus zweierlei Gründen. Er musste geschützt werden vor der Denunzierung durch Wlasowanhänger, die als Nachschub in das Lager kamen. Ferner hatte die Leitung der illegalen Gruppe beschlossen, einen militärischen Fachmann in die Gruppe zu nehmen, um militärische Aktionen vorzubereiten. Wassiljew sollte den illegalen Aufenthalt bei der Familie Magnor nutzen, um regelmäßig die Frontberichte des Moskauer Rundfunks auf Russisch abzuhören und sich damit auch über die allgemeine Kriegslage zu informieren. Im Zwangsarbeiterlager waren die Insassen von solchen so wichtigen Informationen und Nachrichten ausgeschlossen. Es dauerte eine geraume Zeit, bis sich Wassiljew in dieser Aufgabe zurecht fand. Von W. Hielscher wurden wie bisher umschichtig die NKFD-Nachrichten des Deutschen Volkssenders abgehört und abends die Sendungen des englischen Rundfunks in deutscher Sprache. Die umfangreichen Informationen nutzten die Widerständler für die illegale Arbeit. Da aber nicht nur die Mitstreiter aus dem Stammlager bei Bergmann für die geplanten Partisanenaktionen gewonnen werden sollten, sondern auch aus den Lagern, mit denen sie schon zusammenarbeiteten, nahmen „Grischa“ aus Biesdorf und „Stascha“ aus Wittenau an den festgelegten Treffs in Bergfelde bei Arthur Magnor teil. Die bisherige illegale Leitung beschloss, Wassiljew als Leitungsmitglied aufzunehmen und ihn mit der Organisation gezielter Sabotageakte zu vertrauen.³³ Es wurden umfangreiche Gespräche geführt, um zu klären, wie die geplanten Aktionen umgesetzt werden

³¹ Vgl. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde R 3018/NJ 1584 Bd. 1-5 ohne Seitenangabe.

³² Vgl. Archiv d. BVVDN Kartei u. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde Ry1/12/3/136,139.

³³ Vgl. ebenda.

könnten. Da der Überwachungsapparat der Gestapo rigoros ausgebaut war, galt es sehr umsichtig zu handeln. Wertvolle Hilfe erhielt die Widerstandsgruppe durch Fritz Goltz, der nach seiner Haftentlassung seit Mitte 1942 Kontakt aufgenommen hatte zur Widerstandsorganisation unter Leitung von Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein; von ihm erhielt Willy Hielscher NKFD-Flugblätter und die von Franz Jacob ausgearbeiteten Richtlinien für die illegale Arbeit. Das Material half bei der Vorbereitung der illegalen Aktionen durch die Widerstandsgruppe.³⁴ Entsprechend der Richtlinien bereiteten sich die Wilhelmsruher Widerständler unter Führung von Willy Hielscher auf einen bewaffneten Aufstand mit den sowjetischen Zwangsarbeitern vor. Bei einem Treff am 29. August 1944 wurden alle Teilnehmer des Treffs von der Gestapo verhaftet. Offensichtlich hatte sie die am Treff beteiligten Zwangsarbeiter vorher beobachtet und verfolgt.

Willy Hielscher verweigerte bei seinen Verhören in der Haft jegliche Aussage. Nach unmenschlichen Folgerungen unternahm er einen Selbstmordversuch, den er schwer verletzt überlebte. Er wurde am 8. Januar 1945 im Zuchthaus Brandenburg-Göhrden ermordet. Dank seiner Standhaftigkeit in der Haft überlebten fast alle Kampfgefährten das NS-Regime und wirkten als Aktivisten der ersten Stunde beim Aufbau eines neuen demokratischen deutschen Staates mit. So zum Beispiel seine Frau Helene Hielscher, die als Neulehrerin und spätere Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin tätig war.

Günter Wehner

³⁴ Vg. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 3018/NJ 1584, Bd. 1-5, ohne Blattsignatur.

Zur weiteren Gestaltung der Tätigkeit des Arbeitskreises im Jahr 2021

So lange die Bedingungen für unsere üblichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen nicht gegeben sind, nutzen wir für unser Anliegen die *Geschichtskorrespondenz*. Bei eventuellen Veränderungen informieren wir über *Geschichtskorrespondenz*, *neues Deutschland* und *junge Welt*.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin
Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin
Tel. 030-9866574